

Heinz-Günter Bargfrede
Vorsitzender des Finanzausschusses

Haushaltsrede für den Haushalt 2019

Anrede

**zunächst an herzliches Dankeschön an unsere Kämmerin
Kristina Hollmann.**

**Sie hatte es in diesem Jahr nicht leicht und stand uns stets mit
präzisen Auskünften zur Seite.**

**Der aufmerksame Zeitungleser Walter Krulikowski sprach
sicher vielen Rotenburgern aus dem Herzen, als er in einem
RK-Leserbrief zum Haushalt 2019 feststellte:**

**„Vorher war es ein Millionenloch und jetzt auf einmal ist es
ein Plus von 246.400 Euro geworden.**

**Da fragt sich doch der Bürger: War hier ein Rechenkünstler
am Werk oder hat die Stadt einen neuen Abakus
angeschafft?“**

**In der Tat war es auch für uns Ratsmitgliedern schwer, bei
den sich fast täglich ändernden Zahlen noch einigermaßen den
Überblick zu behalten.**

Im Ergebnis können wir heute feststellen:

**Die anhaltend gute allgemeine Wirtschaftslage in Deutschland
spiegelt sich auch im Rotenburger Haushalt 2019 wider. :**

- 1. Wir hatten noch niemals so hohe Steuereinnahmen und
wir bekamen noch nie so hohe Schlüsselzuweisungen vom
Land.**

- 2. Wir mussten noch niemals eine so niedrige Kreisumlage an den Landkreis abführen.**
- 3. Und drittens kommt noch hinzu, daß wir für unsere Schulden noch niemals so niedrige Zinsen aufbringen mussten wie heute.**

Trotz dieser historisch günstigen Rahmenbedingungen hat der Bürgermeister einen knapp ausgeglichenen Haushalt nur durch zwei schmerzhafteste Sondermaßnahmen erreicht:

- 1. Die Stadtwerke leisten zusätzlich zur vereinbarten Gewinnausschüttung einen einmaligen Sonderzuschuss an die Stadt in Höhe von Brutto 400.000 Euro.**
- 2. Und zweitens werden für die erforderliche Unterhaltung von Gebäuden, Straßen und Wegen immer noch 400.000 Euro weniger angesetzt, als erfahrungsgemäß zur Erhaltung der Substanz notwendig wäre.**

Ohne diese beiden riskanten Einschnitte hätten wir heute immer noch eine Unterdeckung im ordentlichen Haushalt von rund 700.000 Euro.

Das ist die Realität!

Trotzdem hat der Bürgermeister schon frühzeitig in den Beratungen erklärt: „Jetzt sind alle Sparmöglichkeiten ausgeschöpft. Für weitere Sparvorschläge gibt es keinen Anlass.“ - Ich muss sagen, das habe ich nicht verstanden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir ein persönliches Wort:

In meinen 40 Jahren im Kreistag und in den vielen Jahren im Aufsichtsrat der Stadtwerke habe ich immer den Eindruck gehabt, daß mit den Steuern und Abgaben der Bürger sparsam und kompetent umgegangen wird.

Bei der Stadt habe ich diesen Eindruck heute leider nicht.

Aktuelles Beispiel:

Künftige Gewinnabführung der Stadtwerke

Wir haben am 4. Dezember im Aufsichtsrat der Stadtwerke unter Beteiligung des Bürgermeisters mit dem Wirtschaftsplan für die Jahre 2020 bis 2022 eine Gewinnausschüttung an die Stadt von jährlich Netto 900.000 Euro beschlossen.

Im Rat sollen wir heute aber für diese drei Jahre eine Gewinnausschüttung von Netto jeweils 1,1 Mio Euro beschließen. Ich habe im VA auf die Differenz hingewiesen. Nur durch diese zusätzlichen 200.000 Euro erreichen wir übrigens in 2020 einen ausgeglichenen Haushalt.

Aber das ist doch keine solide Haushaltspolitik und so kann man auch nicht mit den Stadtwerken umgehen.

Die Stadtwerke liefern in einem knallharten Wettbewerb an die Rotenburger Kunden Strom, Gas und Wasser zu ausgesprochen günstigen Preisen. Und das muss auch so bleiben.

Wir haben kein Einnahme- sondern ein Ausgabenproblem. Und das liegt weniger an den Investitionen, als vielmehr an den laufenden Ausgaben. Unsere konsumtiven Ausgaben sind auch im Vergleich mit anderen Städten zu hoch. Aber das predige ich schon seit Jahren in jeder Haushaltsrede.

Beispiel Stellenplan:

Er hat mich überrascht.

Es gibt an keiner Stelle eine Einsparung.

Aber es sollen – wenn wir den Wegfall eines kw-Vermerkes einbeziehen – drei volle und eine halbe zusätzliche neue Stellen

**eingerrichtet werden,
Es gibt sieben Stellenerweiterungen durch höhere
Wochenstundenzahlen,
und es gibt Stellenanhebungen bei drei Angestellten.**

**Die zunächst vorgesehenen Höherstufungen der Dienstposten
von sechs Amtsleitern – vier Posten von A 13 nach 14 und
zwei Posten von A 12 nach 13 sind nach dem massiven
Einspruch des Personalrates zurückgestellt worden.**

**Aber allein durch die deutliche Erweiterung des
Personalbestandes wird der Haushalt der Stadt vom nächsten
Jahr an zusätzlich und dauerhaft mit jährlich ca. 330.000
Euro belastet.**

**Das hat es seit vielen Jahre nicht gegeben und das wird der
angespannten Haushaltslage in keiner Weise gerecht.**

**Um es klar zu sagen: Die Bediensteten der Stadt leisten gute
Arbeit und müssen angemessen entlohnt werden. Aber wir
dürfen nicht mehr Personal beschäftigen, als unbedingt
erforderlich.**

**Beispiel Wochenarbeitszeit der Gleichstellungsbeauftragten:
Landesregierung und Kommunale Spitzenverbände, vorneweg
der Nieders. Städtetag, halten eine Wochenarbeitszeit von 20
Stunden für ausreichend und angemessen. Folgerichtig zahlt
das Land den 50prozentigen Personalkostenzuschuß auch nur
bis zu höchstens 20 Wochenstunden. Der Landkreis und die
umliegenden Städte kommen mit 20 Stunden aus. In
Rotenburg wird der Dienstposten weiterhin mit 28,75 Stunden
ausgewiesen und entlohnt.**

**Bei der Erzielung der Einnahmen gilt für die Kommunen
eine klare Reihenfolge: 1. Verkäufe, 2. Abgaben, 3. Steuern, 4.**

Kredite.

Vor der Erhöhung der Steuern kommt also die Anpassung der Abgaben. Wer eine besondere Leistung in Anspruch nimmt, soll dafür selbst einen angemessenen Beitrag leisten, bevor der allgemeine Steuerzahler dafür zur Kasse gebeten wird.

In Rotenburg gilt die umgekehrte Reihenfolge: hier wird zuerst und vor allem der Steuerzahler zur Kasse gebeten. Die Grund- und Gewerbesteuern wurden in den letzten Jahren zweimal erhöht und eine dritte Erhöhung wurde zu Beginn September vom Bürgermeister ins Auge gefasst, heute wieder zurückgenommen, weil die Gewerbesteuerumlage vom Bund gesenkt werden soll. Die Abgaben wie Elternbeiträge und Gebühren – Ausnahme Friedhofsgebühren - wurden dagegen seit Jahren nicht angepasst und stehen auch jetzt nicht zur Debatte.

Beispiel Elternbeiträge in Kindergärten:

Der VA hat im Sommer auf Antrag des Bürgermeisters beschlossen, dass in Rotenburg auch für die 9. und 10. Betreuungsstunde am Tag keine Elternbeiträge erhoben werden. Damit stehen wir in Niedersachsen ziemlich alleine mit da. Bei der 3. Ratsmitgliederkonferenz des Niedersächsischen Städtetages in Hannover habe ich keine Kommune gefunden, die auf diese Einnahmen verzichtet.

Hinsichtlich der Elternbeiträge haben wir in Deutschland aktuell eine interessante Reihenfolge:

In Hessen sind im nächsten Jahr fünf Betreuungsstunden am Tag beitragsfrei. Für mehr Betreuung müssen die Eltern Beiträge zahlen.

Bayern wird im nächsten Jahr 6 Stunden beitragsfrei stellen. Für mehr Stunden müssen die Eltern zahlen.

Niedersachsen hat in diesem Jahr acht Stunden beitragsfrei gestellt.

Die Stadt Rotenburg geht noch darüber hinaus.

In der Stadt Rotenburg brauchen die Eltern für Betreuungsstunden von bis zu zehn Stunden am Tag keine Beiträge zahlen.

Die dafür notwendigen Kosten trägt über den Haushalt allerdings der Rotenburger Steuerzahler.

Beispiel Heimathaus:

Es wird gern für Veranstaltungen, private Feiern und Trauungen genutzt. Die Nutzer zahlen dafür sehr moderate Gebühren. Sie sind seit 2011 nicht mehr angepasst worden, die Betriebskosten sind aber ständig gestiegen.

2019 werden bei Betriebskosten von 132.600 Euro Nutzungsgebühren von zusammen rund 8.000 Euro eingenommen. Das Defizit beträgt über 120.000 Euro. Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor die Schere noch weiter auseinandergeht, sollten wir im nächsten Jahr miteinander über eine moderate Gebührenanpassung sprechen.

Gemeinsam können wir übrigens durchaus gute Sparbeschlüsse fassen.

Beispiel: Stromkosten der Marktbesicker des Frühjahrs- und Herbstmarktes.

Die Marktbesicker wollten neben den Standgebühren künftig keine Stromkosten mehr zahlen.

Das haben wir im Fachausschuss einstimmig abgelehnt. Die Stromkosten werden künftig in einer Summe mit den Standgebühren erhoben, aber sie werden wenigstens bezahlt. Es geht hier zwar nur um einen Betrag von jährlich 7.000 Euro – aber das war mal ein einstimmiger Sparbeschluss der Ratsmitglieder und eine Sternstunde des Parlaments.

Beispiel La Strada:

Vorweg: Die KIR führt im Jahr – wenn man das Kino mitrechnet -jährlich 85 kulturelle Veranstaltungen durch. Das

ist einfach großartig und dafür gebührt allen Ehrenamtlichen Dank und Anerkennung!

KIR-Vorsitzender Uwe Goldschmidt möchte La Strada nun nicht nur für ein Jahr aussetzen, sondern auch über ein kostengünstigeres Gesamt-Konzept beraten. Das Angebot sollte unbedingt angenommen werden.

Wenn behauptet wird, Sparen sei für den Bürgermeister ein Fremdwort, dann muss ich sagen:

Das stimmt nicht ganz. Es gibt eine Ausnahme:

Den Kunstrasenplatz.

Bei diesem Thema ist plötzlich überhaupt kein Geld im Haushalt. Immerhin für den Winterrasen ist Geld eingestellt.

Immerhin: Der Rat hat einstimmig festgestellt, dass der Grandplatz in keiner Weise den heutigen Ansprüchen genügt und dass Abhilfe geschaffen werden muss.

Die Frage ist nur noch: Winterrasen oder Kunstrasen.

Wir werden uns im nächsten Jahr entsprechende Plätze ansehen.

Die Fußballer hoffen auf eine sachgerechte Entscheidung.

Zwei Projekte tauchen im Haushalt nicht auf, die aber trotzdem sehr wichtig sind:

Zweites Parkhaus beim Agaplesion und Parkpalette am Bahnhof.

Die Realisierung beider Projekte werden wir weiter im Auge behalten.

Zusammenfassend kann ich feststellen:

Bei besten Rahmenbedingungen konnte der ordentliche Haushalt nur durch zwei schmerzhaft Einschnitte ausgeglichen werden. Der bei dieser Sachlage erforderliche

**strikte Sparkurs ist nicht erkennbar. Deshalb kann ich eine
Annahme nicht empfehlen.**